

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 18.02.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Annegret Bergner	CDU	Vertreterin für Herrn Roland Hildebrandt
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Norbert Böhnke	Verw.	
Frau Sylke Bühler	Verw.	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw.	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw.	
Herr Dr. Heinritz	Verw.	
Vertr. für Frau Dr. Schwarzer		
Frau Annerose Winter	Verw.	
Frau Susanne Wildner	Verw.	
Frau Petra Schneutzer	Verw.	
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH	
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Herr Sven Weise	LIGA	

Entschuldigt fehlen:

Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Manfred Schuster	FDP
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw.
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.1.2010
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008 (Unterlagen bitte mitbringen)
Vorlage: V/2009/08484
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Einbeziehung des Stadtrates bei Veränderungen der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU)
Vorlage: V/2009/08495

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur
5.1.1 Einbeziehung des Stadtrates bei Veränderungen der Richtlinie zu den Kosten der
Unterkunft (KdU)
Vorlage: V/2009/08524
- 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung
Vorlage: V/2010/08560
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Berichterstattung über die Tätigkeit der "Weiberwirtschaft" , Dornrosa e. V. -
Berichterstatteerin: Koordinatorin des Frauenzentrums: Frau Daniela Suchantke
- 7.2. Information zum Stand SGB II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Wolff äußert Kritik an der Verschickung der Unterlagen für diesen Ausschuss. Der Vorbericht zum Haushalt sowie die Seiten des Vermögenshaushaltes fehlen bei den Unterlagen der sachkundigen Einwohner.

Durch die Verwaltung wird zugesagt, dies bis zur nächsten Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses nachzuholen.

Die Ausschussvorsitzende erläutert, dass heute lediglich die erste Lesung des Haushaltes vorgenommen wird. Es gibt hierzu keine Gegenstimme.

Desweiteren informiert Sie darüber, dass die Koordinatorin des Frauenzentrums „Weiberwirtschaft“, Frau Daniela Suchantke, leider erkrankt ist.

Der Tagesordnungspunkt 7.1 wird daher abgesetzt und in die nächste Sitzung des Sozial-, gesundheits- und Gleichstellungsausschusses verschoben.

Die Tagesordnung wird mit den gegebenen Hinweisen bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.1.2010

Die Niederschrift vom 21.01.2010 wird bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008 (Unterlagen bitte mitbringen) Vorlage: V/2009/08484

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Bielecke, den Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement der Stadt Halle (Saale), sowie die Vertreter der Ämter.

Frau Wolff merkt an, dass im Finanzausschuss doch eigentlich festgelegt wurde, die Angelegenheiten des EB ZGM nicht nochmal einzeln zu behandeln.

Nach Aussage der Ausschussvorsitzenden wurde jedoch im letzten Finanzausschuss festgelegt, dass Herr Bielecke in den Fachausschüssen Rede und Antwort zu stehen hat.

Die Ausschussvorsitzende bittet nun die Vertreter der Ämter, einen Überblick über die Finanzen in ihrem Bereich zu geben. Sie dankt vorab für die Erstellung der Präsentationen und bittet darum, diese nach dem Ausschuss als E-Mail in die Fraktionen und an die sachkundigen Einwohner zu senden, wo

dies nicht möglich ist, in Papierform. Es wird darauf hingewiesen, dass die Präsentationen nicht an Dritte weitergegeben werden sollte.

Für das Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen begrüßt die Ausschussvorsitzende Herrn Dr. Wilhelms, welcher den Haushalt mittels einer Power-Point Präsentation vorstellt.

Die Ausschussvorsitzende bittet im Anschluss an die Präsentation um Fragen zum Haushalt des Gesundheitsamtes.

Frau Dr. Haerting weist darauf hin, dass für die Öffentlichkeitsarbeit nur ein recht geringer Betrag eingeplant wurde, die Kosten für die Taubenabwehr jedoch recht hoch sind. Sie regt an, die Öffentlichkeitsarbeit diesbezüglich zu intensivieren, da es immer noch vorkommt, dass die Bevölkerung Tauben füttert.

Frau Krausbeck fragt nach, warum die Position Dienstreisen so hoch ist. Dr. Heinritz informiert darüber, dass Fortbildungsmaßnahmen gesetzlich vorgeschrieben sind (so zum Beispiel bei Lebensmittelkontrolleuren und Tierärzten jährlich). Außerdem weist er darauf hin, dass die Position Dienstreisen auch die Benzinkosten beinhaltet.

Frau Wolff fragt nach dem IST-Stand 2009 des UA 5010, Kostenstelle 620000 – weitere besondere Sachausgaben. Frau Jahnke beziffert diesen mit 15.200 €.

Herr Schachtschneider fragt, warum in 2010 eine Erhöhung eingeplant wurde.

Herr Dr. Wilhelm erklärt, dass unter anderem die Rattenbekämpfung sehr kostenintensiv sei.

Für Frau Wolff besteht außerdem Unklarheit bezüglich des UA 5010, Kostenstelle 531040 – Nachzahlung Bewirtschaftung aus VJ. Hierzu wird sich Herr Bielecke noch äußern.

Bezüglich des UA 5404, Kostenstelle 652500 – Fernmeldeentgelt, merkt Frau Wolff an, dass der Betrag recht hoch angesetzt sei. Wurde hier eventuell schon daran gedacht, mit einem anderen Anbieter als der Telekom einen Vertrag abzuschließen?

Herr Dr. Wilhelms erklärt, dass das Gesundheitsamt keinen Einzelvertrag mit einem anderen Anbieter hat. Die hohen Kosten hängen jedoch auch damit zusammen, dass gerade im sozialpsychiatrischen Dienst sehr viel Kommunikation mittels Telefon notwendig ist. Bezüglich der Möglichkeit, Einzelverträge mit anderen Telefonanbietern abzuschließen, ist Herr Bielecke zu befragen.

Herr Schachtschneider fragt nach, warum es in der Kostenstelle 531040 des UA 5404 keine Nachzahlung Bewirtschaftung aus VJ gibt. Auch hierzu ist Herr Bielecke zu befragen.

Bezüglich des Vermögenshaushaltes – UA 1103 erläutert Herr Dr. Wilhelms, dass bestimmte Gerätschaften vorgehalten bzw. ausgetauscht werden müssen. Es gibt hierzu keine Fragen.

Bezüglich des UA 5010 – Vermögenshaushalt fragt Frau Wolff, ob die Schuleingangsuntersuchung eine Pflichtaufgabe der Stadt sei. Dies wird durch Herrn Dr. Wilhelms bejaht.

Bezüglich des UA 5404 – Vermögenshaushalt gibt es keine Fragen. Auch zum Stellenplan und zur Haushaltskonsolidierung gibt es keine Nachfrage.

Die Ausschussvorsitzende erteilt Frau Winter das Wort für die Präsentation des Haushaltes des Sozialamtes und bittet im Anschluss daran um Fragen.

Frau Wolff möchte wissen, warum im UA 4000, in den Kostenstellen 531020 und 531040 höhere Beträge eingestellt wurden als im Vorjahr. Dazu wird Herr Bielecke Auskunft geben.

Zum UA 4010 – Sozialplanung/ Fachcontrolling gibt es keine Fragen.

Bezüglich des UA 4050, Kostenstelle 562000 – Aus- und Fortbildung, möchte Herr Schachtschneider wissen, warum 2010 nur 25000 € eingestellt wurden, wo doch in 2009 42.800 € eingeplant waren. Laut Frau Winter handelt es sich hierbei um eine Anpassung an das IST.

Dr. Yousif möchte wissen, was Overheadkosten sind.

Frau Winter erklärt, dass Overheadkosten Kosten sind, die nicht eindeutig einem bestimmten Bereich zugeordnet sind (Verwaltungskosten, die der Verwaltung als Overhead zugeordnet wurden).

Zum UA 4101 – Laufende Leistungen – möchte Frau Wolff wissen, wann der Rechtsstreit mit dem Landkreis Saalekreis abgeschlossen ist.

Herr Kogge informiert darüber, dass der Rechtsstreit in der 1. Instanz 2007 beendet wurde, in der 2. Instanz 2008.

Die Kosten wurden vom Landkreis Saalekreis abgefordert, ca. 300.000 € sind noch offen.

Zu den UA 4103, 4105 und 4110 gibt es keine Fragen.

Zum UA 4114 fragt Frau Dr. Haerting, was die Bezeichnung Hilfe zur Pflege in Form anderer Leistungen bedeutet.

Frau Winter antwortet, dass es sich hierbei um Nachzahlungen an Sozialagenturen handelt.

Zum UA 4130, Kostenstelle 674000 – Erstattungen an Krankenkassen, möchte Frau Dr. Haerting wissen, um was genau es sich hierbei handelt. Frau Winter erläutert, dass es hier um Leistungen nach dem SGB XII geht.

Frau Dr. Haerting möchte außerdem wissen, wie viel Betroffene es gibt und wie oft diese krank sind.

Frau Winter informiert, dass bis Dezember 2009 für 523 Leistungsempfänger Beiträge und Kosten gezahlt wurden.

Zum UA 4141 – Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage möchte Frau Dr. Haerting wissen, was bezüglich der Kostenstelle 730000 mit Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gemeint ist.

Frau Winter erläutert, dass es sich hierbei um Wohnsozialisierungshilfe handelt, d.h. hier wurden Verträge mit freien Trägern abgeschlossen, welche die Betreuung übernehmen.

Zum UA 4146 – Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gibt es keine Nachfragen.

Zum UA 4148 – Bestattungskosten möchte Frau Wolff wissen, warum hier die Ausgaben sinken, wo es doch eigentlich jetzt viel mehr Sozialbestattungen gibt.

Frau Winter erläutert, dass auch hier wieder eine Anpassung an das IST 2009 (599.115 €) vorgenommen wurde.

Zum UA 4200 fragt Herr Schachtschneider, warum bei den Ausgaben ein Aufwuchs um 600.000 € zu verzeichnen ist.

Frau Winter weist auf das ausgegebene Austauschblatt hin, in welchem der Betrag dem IST 2009 angepasst ist. Hier wurde der Betrag um 77.600 € gesenkt.

Im UA 4210 wurden die Einnahmen laut Frau Winter um 57.600 € reduziert (siehe Austauschblatt), da die Kostenerstattung aufgrund geringerer Personenanzahl nach dem Aufnahmegesetz rückläufig ist.

Zum UA 4220 gab es keine Nachfragen.

Bezüglich des UA 4230 – Arbeitsgelegenheiten möchte Frau Wolff wissen, warum hier eine Halbierung erfolgte.

Herr Kogge erklärt dies mit einer geringeren Personenzahl.

Zum UA 4240 gab es keine Nachfragen.

Bezüglich des UA 4350 – Kostenstelle 531020 möchte die Ausschussvorsitzende wissen, warum die Bewirtschaftungskosten höher geplant wurden als im Jahr 2009. Diese Frage wird zur Beantwortung an Herrn Bielecke weitergegeben.

Frau Winter erläutert zum Austauschblatt des UA 4362 – Aussiedler- und Asylbewerberheime, dass die Kostenstellen 677000 (Erstattungen an private Unternehmen) und 678000 (Erstattungen an

übrigen Bereich) untereinander ausgeglichen wurden, da die Abgabe eines Asylbewerberheimes erfolgte.

Zum UA 4700 – Förderung der Wohlfahrtspflege – fragt Frau Dr. Haerting bezüglich der haushaltsneutralen Zuordnung von 550.800 € in den UA 4146, wo ersichtlich ist, wie sich dieser Posten aufteilt.

Herr Kogge antwortet, dass dies der Fördermittelvorlage zu entnehmen ist.

Bezüglich des UA 4820 fragt Frau Ute Haupt nach dem IST 2009 für die Kosten der Unterkunft. Sie hat Bedenken, ob der Ansatz ausreicht.

Herr Kogge erläutert die Zahlungsströme der KdU. Der IST-Wert 2009 betrug 73.628.721,00 €.

Er weist darauf hin, dass das gemacht wird was dringend notwendig ist, mit dem Ansatz für 2010 jedoch nicht bis an die maximale Obergrenze herangegangen wurde. Hier hängt es von Faktoren ab, die nicht vorhersehbar sind.

Frau Wolff fragt nach dem IST 2009 zur Kostenstelle 691100. Dieser wurde durch Frau Winter mit 443.300 € angegeben.

Sie fragt außerdem nach, wo das Wohngeld eingestellt wurde. Frau Winter erklärt, dass dies nicht über den Haushalt des Sozialamtes läuft.

Herr Kogge ergänzt, dass mit der neuen KdU- Richtlinie die Anzahl der Umzüge nicht gestiegen sei.

Frau Dr. Haerting fragt, ob bei Schuldnerberatungsstellen und Suchtberatungsstellen mehr Fälle zu verzeichnen sind. Frau Winter erläutert, dass es in Halle 3 Suchtberatungsstellen und 4 Schuldnerberatungsstellen gibt, von letzteren 3 in freier Trägerschaft und eine vom Sozialamt. Hierfür wird ein Festbetrag gezahlt wird.

Bezüglich des UA 4850 findet Frau Ute Haupt in den Kostenstellen 781000 und 782000 die Ansätze zu niedrig.

Die IST-Werte 2009 betragen hier bei 781000 7.561.745,28 € und bei 782000 63.728,98 €.

Zum UA 4980 – Kostenstelle 788200 fragt Frau Wolf, warum der Betrag für die Schülerspeisung so hoch angesetzt wurde.

Herr Kogge antwortet, dass der Betrag bei der Schülerspeisung so hoch angesetzt wurde, weil Sachsen-Anhalt an der obersten Grenze bei den Kosten pro Mahlzeit liegt und es hier auch sehr viele Kinder gäbe, deren Eltern SGB II- Bezieher sind. Das Problem hierbei sei auch, dass Kinder vermehrt schon hungrig in die Schule kämen.

Frau Wolff möchte außerdem wissen, warum bei der Kostenstelle 788600 – Ermäßigung Behindertenfahrdienst – die Ausgaben erhöht wurden. Auch dies hängt nach Aussage von Frau Winter mit der Anpassung an das IST 2009 zusammen.

Die Ausschussvorsitzende gibt an, einen Antrag diesbezüglich in der nächsten Sitzung einbringen zu wollen.

Die Ausschussvorsitzende macht darauf aufmerksam, dass im UA 9010 die Finanzausgleichsströme dargestellt sind.

Bezüglich des Vermögenshaushaltes des Sozialbereiches gibt es keine Nachfragen, auch nicht zur Haushaltskonsolidierung und zum Stellenplan.

Die Ausschussvorsitzende übergibt nun das Wort an Frau Wildner und bittet um Vorstellung des Haushaltes für die Stabsstelle Gleichstellung.

Im Anschluss daran fragt Herr Schachtschneider, ob es nicht besser wäre, die Ausgabe der Frauennachttagutscheine auf soziale Härten abzustellen.

Frau Wildner erwidert, dass diese Diskussion jedes Jahr geführt wird. Der Grundgedanke dieses Projektes sei jedoch kein sozialer Aspekt, sondern als Priorität gilt der Schutz jeder Frau. Ein statistischer Nachweis über die ausgegebenen und genutzten Gutscheine wird in regelmäßigen Abständen (jährlich) erstellt. So sind zum Beispiel ca. 65 % der Nutzerinnen 60 Jahre und älter.

Dr. Yousif möchte wissen, wie viele Gutscheine etwa abgerechnet werden. Dies sind laut Frau Wildner jeweils ca. 5000 – 6000 Stück jährlich.

Frau Wolff gibt zu bedenken, dass das Projekt Frauen-Nacht-Taxi-Gutscheine eine politische Entscheidung ist und eine Änderung diesbezüglich nur über den Stadtrat und nicht die Verwaltung entschieden werden sollte.

Zum Vermögenshaushalt, zur Haushaltskonsolidierung und zum Stellenplan der Stabsstelle Gleichstellung gibt es keine Nachfragen.

Damit ist die Beratung des Haushaltsplanes in der 1.Lesung beendet.

Frau Wolff möchte sich bei der Verwaltung für die vorgelegten Präsentationen des Haushaltes bedanken.

Herr Schachtschneider bittet nochmals darum, dass Herr Bielecke die ihn betreffenden aufgeworfenen Fragen zur nächsten Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses beantworten möge.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Einbeziehung des Stadtrates bei Veränderungen der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU) Vorlage: V/2009/08524

Herr Schachtschneider und Frau Hanna Haupt sprechen sich gegen eine halbjährliche Berichterstattung aus.

Die Ausschussvorsitzende äußert in diesem Punkt Kompromissbereitschaft.

Herr Schachtschneider möchte wissen, was unter dem Begriff Verbraucherpreise zu verstehen ist. Herr Kogge erläutert, dass dies Energie, Wasser, Abwasser und Müll sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja	5
Nein	5
Enthaltungen	0

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Einbeziehung des Stadtrates bei Veränderungen der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU) Vorlage: V/2009/08495

Die Ausschussvorsitzende erteilt das Wort an Frau Hanna Haupt, welche darum bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	7
Nein	0
Enthaltungen	3

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

**zu 5.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der
Verwaltung
Vorlage: V/2010/08560**

Frau Hanna Haupt bittet um Vertagung des Antrages in die nächste Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses. Es wurde bei der Feststellung der Tagesordnung versäumt, dies bekanntzugeben. Sie bittet dafür um Entschuldigung.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

keine

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Berichterstattung über die Tätigkeit der "Weiberwirtschaft" ,
Dornrosa e. V. - Berichterstattein: Koordinatorin des
Frauzentrums: Frau Daniela Suchantke**

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund Erkrankung der Berichterstattein, Frau Daniela Suchantke, abgesetzt und in die nächste Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses verschoben.

zu 7.2 Information zum Stand SGB II

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Radig und bittet um Informationen zum Stand SGB II. Frau Dr. Radig weist darauf hin, dass die Umsetzung der Regelungen bezüglich der Kosten der Unterkunft durch die Verwaltung erfolgt und bittet darum, die Sätze zukünftig nicht zu oft zu ändern, da dies einen enormen Mehraufwand zur Folge hätte.

Momentan gibt es einen leichten Anstieg der Arbeitslosen zu verzeichnen, bei den Erwachsenen um 100, bei den Jugendlichen um 16.

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften senkte sich um knapp 100. Etwa 7900 Kinder befinden sich derzeit im Leistungsbezug. Näheres ist der Anlage zum Protokoll zu entnehmen.

Desweiteren informiert Frau Dr. Radig über die Erstellung des neuen Kataloges zur Härtefallregelung. So wurde die Härtefallklausel definiert und einzelne Positionen wurden im Katalog aufgezählt. Es ist zum Beispiel die Praxisgebühr auch weiterhin aus der Regelleistung zu bezahlen, ebenso Schuhe in Übergrößen oder auch kostenaufwändige Ernährung. Bisher liegen hierzu jedoch kaum Anträge vor und von den wenigen gestellten wurden die meisten bisher abgelehnt, da sie nicht unter die Härtefallregelung fielen.

Frau Dr. Radig berichtet außerdem darüber, dass die Diskussion bezüglich der Art des Fortbestehens der ARGE noch nicht abgeschlossen ist. So bereitet sich die BA auf verschiedene Varianten vor. Es werden demnächst Projektgruppen gegründet, die sich näher damit befassen sollen.

Herr Kogge hofft, dass bald eine Lösung gefunden wird, welche die Situation verbessert.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Dr. Radig für die Informationen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff möchte bezüglich des Projektes City-Service wissen, welche Ergebnisse hier bisher erzielt wurden, ob eine Fortführung und Evaluation geplant ist und wenn ja zu welchen Bedingungen. Sie erläutert kurz den Inhalt des Projektes und bittet um eine schriftliche Antwort von Frau Dr. Radig.

Frau Tomczyk-Radji ist der Meinung, dass das Frauenschutzhaus in der Jugendhilfe gut aufgehoben ist. Sie fragt an, ob es möglich sei, in größeren Abständen diesbezüglich Trends und Bedarfe zu erfahren.

Herr Kogge möchte darauf schriftlich antworten.

Frau Tomczyk-Radji möchte außerdem wissen, wie es für das Frauenflüchtlingshaus (Träger ehemals Eine-Welt-Haus Halle e.V.) weitergeht.

Frau Schneutzer informiert darüber, dass das Frauenflüchtlingshaus für das erste halbe Jahr in die Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes übergegangen ist. Danach sei noch alles offen. Die Entscheidung hierüber obliegt dem Innenministerium, da es von dort auch finanziert wird. Der Übergang des Frauenflüchtlingshauses vom Eine-Welt-Haus Halle e.V. zum Paritätischen Wohlfahrtsverband sei jedoch sauber und ordentlich erfolgt.

Herr Bonan informiert darüber, dass er eine schriftliche Anfrage bezüglich des AWO Blindenheimes in der Bugenhagenstraße erhalten habe. In dieser wurde berichtet, dass der Haltestellenbereich in beiden Richtungen nicht von Schnee und Eis geräumt wurde, das Schneetelefon sei nicht erreichbar gewesen und auch eine Anfrage an Herrn Dr. Fischer sei erfolglos geblieben.

Herr Kogge entschuldigt sich für die Vorkommnisse und wird sich dafür einsetzen, dies in die Prioritätenliste mit einordnen zu lassen.

Bezüglich des Härtefallkataloges fragt Frau Wolff, ob dieser in der ARGE ausliegt oder die Kunden dementsprechend beraten werden.

Frau Dr. Radig erwidert, dass bei Nachfrage Auskunft erteilt wird, eine große Anzahl von Informationen diesbezüglich sei aber auch bereits durch Internet und andere Medien veröffentlicht worden.

An Herrn Czock wurde die Beschwerde herangetragen, dass in der ARGE Gesprächsprotokolle nicht an Kunden ausgehändigt wurden, obwohl diese den Wunsch geäußert hatten.

Frau Dr. Radig erläutert dazu, dass Vermerke über die Gespräche von den Arbeitsvermittlern erstellt werden, einen Ausdruck hiervon kann der Kunde bekommen. Manchmal sei es jedoch zeitlich einfach nicht möglich, den Vermerk direkt im Gespräch zu erstellen.

zu 9 Anregungen

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.03.10

Rudloff
stellv. Protokollführerin